Zeitschrift: Schweizerische Zeitschrift für Soziologie = Revue suisse de sociologie = Swiss journal of sociology

Herausgeber: Schweizerische Gesellschaft für Soziologie

Band: 10 (1984)

Heft: 3

Artikel: Das energiepolitische Plebiszit vom 23. September 1984 zwischen Entwicklungserwartung und Wachstumskritik : ein Beispiel ereignisorientierter, raumbezogener Gesellschaftsanalyse

Autor: Nef, Rolf / Rosenmund, Moritz

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-814593

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Schweiz. Z. Soziol. / Rev. suisse sociol. 3 (1984) 689–722

A K T U A L I T Ä T S B E Z O G E N E
A U F S Ä T Z E

A R T I C L E S
C E N T R E S S U R D E S
E V E N E M E N T S D ' A C T U A L I T E

DAS ENERGIEPOLITISCHE PLEBISZIT VOM 23. SEPTEMBER 1984 ZWISCHEN ENTWICKLUNGSERWARTUNG UND WACHSTUMSKRITIK

Ein Beispiel ereignisorientierter, raumbezogener Gesellschaftsanalyse

Rolf Nef &
Moritz Rosenmund
Soziologisches Institut der Universität Zürich
Apollostrasse 2, CH–8032 Zürich

1.

DER BEZUGSRAHMEN

1.1. PROBLEME AKTUÄLITATSORIENTIERTER WISSENSCHAFT

Auf einer rein analytischen Ebene stellt der folgende Beitrag eine soziologische Auseinandersetzung mit einem gesellschaftspolitischen Tagesereignis dar: der eidgenössischen Volksabstimmung vom 23. September 1984 über die Atom- und Energieinitiative. Das punktuelle Resultat der Auswertung liegt dabei in einem Versuch der Erklärung der Ergebnisse dieses kollektiven Entscheides, namentlich der auftretenden Variationen auf Gemeindeebene.

Darüber hinaus betrachten wir den Beitrag jedoch auch als ein Element in einem grundsätzlicheren Bezugsrahmen: Die Analyse ist bewusst als eine Art 'Instant Research' konzipiert worden. Darunter verstehen wir ein Vorgehen, in dem akkumuliertes theoretisches und empirisches Wissen auf ein gesellschaftspolitisches Ereignis – speziell ein Ereignis, in dem sich relevante allgemeinere Prozesse spiegeln – fokussiert wird mit dem Ziel, dieses aktualitätsorientiert zu interpretieren und das Ergebnis der Analyse unverzüglich der öffentlichen Diskussion zugänglich zu machen. Im vorliegenden Fall geschah letzteres – wie in beschränktem Ausmass schon bei früheren Gelegenheiten [1] – in Form eines Textes (Nef & Rosenmund), der eine Woche nach der Volksabstimmung von mehreren grösseren Tageszeitungen zumindest auszugsweise übernommen werden konnte [2] .

Ein derartiges Unterfangen ist aus zwei Gründen eher unüblich. Zum einen tut sich die Soziologie oft schwer damit, öffentlich kritisierbare Deutungen über wichtige aktuelle Ereignisse vorzulegen. Ob hinter dieser Zurückhaltung die Absicht steht, keinem Wissenschaftsautoritarismus Vorschub zu leisten, ob die unmittelbare Gegenwart als platte Aktualität verachtet wird oder ob jeweils die Hoffnung auf *die* stimmige Deutung in der Zukunft besteht, bleibe einmal dahingestellt. Sicher ist, dass die Soziologie sich mit dem Verzicht auf derartige Interventionen der Möglichkeit begibt, in einer Zeit gesteigerter Aufmerksamkeit für den aktuellen Prozess dem potentiell interessierten Publikum spezifische, soziologische Interpretationen vorzulegen. Dies ist speziell bedauerlich im Zusammenhang mit gesellschaftspolitischen Ereignissen, deren Struktur nicht weitgehend routinisierten Konfliktachsen folgt und deshalb unter Umständen neuartiger Interpretationen bedarf.

Dies führt zu einem zweiten Gesichtspunkt. In dem Ausmass, in dem sich die Soziologie ausserhalb des engen akademischen Rahmens publikumsbezogen mit der aktualitätsorientierten Interpretation von wichtigen gesellschaftspolitischen Ereignissen beschäftigt, entsteht zumindest potentiell eine Konfliktsituation gegenüber der Berufsgruppe der Journalisten, die qua Rollenerwartung ereignisbezogen-aktuell Stellung beziehen *müssen.* Die Rezeptionsgewohnheiten des breiten Publikums, die Produktionsbedingungen und die formbezogene hohe Aktualitätsorien-

1) vgl. dazu z. B. die Analyse zur Abstimmung über die Bankeninitiative vom 20. Mai 1984 (Nef, 1984a).

2) z. B. St. Galler Tagblatt vom 1. Oktober 1984.

tierung der Massenmedien erzeugen geradezu einen Zwang zur raschen Abarbeitung des anstehenden Ereignisdrucks. Dies mag mit ein Grund dafür sein, dass der Anspruch der Soziologie, sich autonom aktualitätsbezogen zu wichtigen gesellschaftspolitischen Ereignissen zu äussern, auf Indifferenz, Skepsis oder gar offene Ablehnung stösst. Letzteres wird noch durch den Umstand gefördert, dass in der Schweiz eine Diskurskultur, die wechselseitige 'Rollenerweiterungen' von Personen, die qua dominanter Berufsrolle Wissenschafter resp. Journalisten sind, zuliesse, nur sehr schwach entwickelt ist.

Weder die im akademischen Bezugsrahmen eher gering geschätzte Sensibilität der Soziologie für den Bereich der gesellschaftspolitischen Aktualität noch die Schwierigkeit, mit aktualitätsorientierten Analysen aus soziologischer Perspektive in das Feld der veröffentlichten Stellungnahmen vorzudringen, sollten jedoch den Soziologen von der Entwicklung eines auf Aktualität gerichteten Sensoriums abhalten. Aktuelle gesellschaftspolitische Ereignisse sind zum einen 'Experimentalsituationen', in denen bereits vorhandene, konsolidierte Erklärungsmodelle getestet werden können; zum anderen aber auch 'Generatoren' von neuen Gesichtspunkten, von kreativen Rückwirkungen auf die Fachdisziplin und unter Umständen auch auf den politischen Prozess selbst. Dies gilt gerade auch für Abstimmungsereignisse, die meistens sowohl durch routinisierte, voraussagbare Aspekte wie durch neue, nicht zum vorneherein erwartbare Elemente gekennzeichnet sind.

1.2. ABSTIMMUNGSANALYSE ALS AKTUELLE, RAUMBEZOGENE GESELLSCHAFTSANALYSE

Im Abstimmungsverhalten reflektieren sich politisch-gesellschaftliche Präferenzen. Es sind zunächst Individuen, die sich aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu und ihrer Referenz auf soziale Gruppen, Klassen und kontextuelle Aggregate (Räume) politisch-gesellschaftliche Präferenzen bilden und diese an der Urne artikulieren. In den Tagen nach einem Abstimmungsereignis sind aber lediglich räumlich aggregierte Verhaltensdaten auf verschiedenen Niveaus (Kantone, Bezirke, Gemeinden) systematisch greifbar. Aktualitätsorientierte Analysen über Abstimmungsereignisse haben sich also nolens volens auf aktuelle, raumaggregierte Verhaltensdaten und deren Beziehungen zu anderen raumbezogenen Informationen zu beschränken. Dies impliziert, dass substantielle Aussagen nur in dem Ausmass möglich sind, in dem die schweizerische Gesellschaft mehrniveaunal räumlich gebrochen ist resp. Raumdifferenzierung als Sozial- und Interessendifferen-

zierung interpretiert werden kann. Wir gehen im folgenden davon aus, dass dies in der Schweiz der Fall ist [3] und unterscheiden drei konzentrische Ebenen der Raumdifferenzierung:

- *Makroebene*
  Politisch-kulturelle und / oder strukturelle Differenzierung auf der Ebene von *Grossregionen* (Landesteile, Kantonsgruppen, Kantone etc.). Hier ist in erster Linie die räumliche Differenzierung der Schweiz in die drei sprachkulturell bestimmten Landesteile zu berücksichtigen [4]. Weiter sind in diesem Zusammenhang auch etwa religionskulturelle Teilungslinien (z. B. Innerschweiz / Nicht-Innerschweiz) von Bedeutung [5].

- *Mesoebene*
  Strukturelle Differenzierung auf der Ebene von *Regionen* (Bezirke, Mobilitätsregionen etc.). Hier wird auf die raumstrukturelle Teilung der Schweiz auf einem mittleren Niveau Bezug genommen. Dabei steht die Bevölkerungs- und Beschäftigungsstruktur von Regionen und damit deren Stellung im interregionalen Zentren- / Peripherien-Gefälle im Vordergrund [6].

3) vgl. dazu z. B. die im Rahmen des NF-Sonderprogramms 'Regionalprobleme' durchgeführten soziologischen Forschungsarbeiten; Meier-Dallach; Hohermuth; Nef & Anliker (1982); Meier-Dallach; Hohermuth & Nef (1984).

4) Diese grossräumige Dreiteilung der Schweiz sollte nicht zum vorneherein als *nur* kulturelle interpretiert werden; sie ist auch mit grossräumigen strukturellen Unterschieden assoziiert.

5) Zum Konzept der Politischen Kultur und einem Typisierungsvorschlag für die Schweiz vgl. Meier-Dallach & Rosenmund (1978) und Meier-Dallach & Rosenmund (1979), S. 43–53.

6) vgl. dazu Meier-Dallach; Hohermuth; Nef & Anliker (1982), spez. Kap. 2, sowie Schuler & Nef (1983). Dass die *politisch-kulturelle* Differenzierung auf der Ebene der Regionen – unabhängig von derjenigen auf dem Makroniveau – flächendeckend nicht mit der gleichen Präzision erfassbar ist, wie die *strukturelle*, empfinden wir als Mangel. In gewissem Ausmass widerspiegelt sich darin die politisch-kulturelle 'Indeterminiertheit' der Region; vgl. dazu Meier-Dallach (1984).

- *Mikroebene*
  Strukturelle Differenzierung auf der Ebene von *Gemeinden.* In diesem Zusammenhang sind z. B. die Differenzierung der Beschäftigten nach Sektoren, beruflicher Stellung, Bildungsniveau, die Einkommensschichtung und der Urbanitätsgrad von Bedeutung [7] .

Konzentrieren wir uns auf das tiefste Raumniveau, für das aggregierte aktuelle Verhaltensdaten vorliegen, auf das Niveau der Gemeinde, so kommen alle drei Typen von Erklärungsfaktoren als Bestimmungsgründe in Frage: die strukturellen Charakteristika der Region, welcher die Gemeinde angehört; und schliesslich die strukturellen und politisch-kulturellen Spezifika der Grossregion, der Region und Gemeinde zugeordnet sind. Das Ausmass, in dem Abstimmungsverhalten auf Gemeindeebene durch diese drei Typen von Faktoren bestimmt wird, kann zwischen verschiedenen Abstimmungsereignissen stark variieren. Je grösser der Effekt der strukturellen Merkmale der Gemeinde, d. h. der strukturellen Raumdifferenzierung auf dem Mikroniveau, desto stärker spricht ein Abstimmungsereignis die – nicht nur eingeschränkt pekuniär zu verstehende – *individuelle* Nutzenperspektive an. Umgekehrt deutet ein starker Effekt der strukturellen und / oder politisch-kulturellen Merkmale der Grossregion, der die Gemeinde angehört, auf die Dominanz *kollektiver* Nutzenbezüger hin [8] .

Diese Art von Determinantenanalyse erlaubt eine substantielle Verortung von Abstimmungsereignissen in den zentralen strukturellen und politisch-kulturellen Cleavages. Darüber hinaus kann das Verhalten der Gemeinden bei einem Abstimmungsereignis in Zusammenhang mit dem Verhalten bei früheren Urnengängen gebracht werden. Dies ist insofern von Bedeutung, als jedes Abstimmungsereignis einerseits durch einen konkreten *Sachaspekt,* anderseits aber zugleich durch einen *Grundsatzaspekt,* der über die Folie *verschiedener* konkreter Sachfragen angesprochen werden kann, gekennzeichnet ist. Aus diesem Vergleich wird ersichtlich, mit welchen der bisher bekann-

7) Bisherige flächendeckende strukturelle Typisierungen von Gemeinden in der Schweiz konzentrieren sich stark auf die Faktoren Gemeindegrösse und sektorale Zuordnung der Beschäftigten; vgl. dazu v. a. Meyer (1977). Die in dieser Arbeit verwendeten strukturellen Gemeindetypen orientieren sich an einem elaborierteren mehrdimensionalen approach; vgl. Nef (1984b).

8) Wir nennen hier nur die zwei 'extremsten' Zustände und verzichten auf eine vollständige Elaborierung der Kombinatorik.

ten zentralen Konfliktachsen ein spezifisches Abstimmungsereignis allenfalls in Verbindung gebracht werden kann [9].

Die Aussagekraft der aktualitätsorientierten, raumbezogenen Verhaltensanalyse hängt zum einen von der Stärke der statistischen Beziehungen, zum anderen von der substantiellen Plausibilität der analysierten Verknüpfungen ab. Zu welchen Resultaten man hier auch immer gelangt: Hierarchien hinsichtlich der Relevanz von Argumenten, von Motiven für den individuellen Entscheid, wie sie in der VOX-Analyse jeweils auf der Basis von rund 700 gesamtschweizerisch repräsentativ ausgewählten Befragten in den Wochen nach dem Abstimmungsereignis eruiert werden, sind nicht herauszuarbeiten. Das Wissen um diese Argumente und Entscheidungsgründe auf individuellem Niveau ist für die Einschätzung der gesellschaftspolitischen Bedeutung eines Abstimmungsereignisses von sicher nicht zu unterschätzender Bedeutung. Aber: Das Individuen-Sample ist zwar global individuenbezogen repräsentativ, kann jedoch aufgrund der relativ beschränkten Zahl von Befragten die vielgestaltigen strukturellen und kulturellen Brechungen der schweizerischen Gesellschaft auf räumlicher Ebene nur in ungenügendem Ausmass erfassen. Um einen global-individuell und strukturell-regional einigermassen repräsentativen Survey durchzuführen, wären im Minimum 4000 Befragungen notwendig – ein Aufwand, den sich vielleicht ein grosses Universitätsinstitut im Rahmen eines gewichtigen Forschungsprojekts hin und wieder, niemand aber nach jedem Abstimmungsereignis leisten kann und will.

Die beiden ereignisorientierten Analysestrategien stehen somit in einem Verhältnis der gegenseitigen Ergänzung und können aufgrund ihrer je spezifischen Zugänge und Datenbasen mitunter auch zu leicht divergierenden Resultaten führen – ein Sachverhalt, der weniger zu Resignation als zur Eröffnung eines Diskurses Anlass geben sollte. Dass es zu diesem Diskurs vielfach gar nicht kommt, hängt mit der Tatsache zusammen, dass der politische Kommentator nach der Analyse der Kantonsresultate mitunter zusätzliche Erkenntnisse einzig und allein von Analysen auf individuellem Niveau erwartet – auch wenn diese schon von den Produktionsbedingungen her einige Zeit auf sich warten lassen müssen und vom breiten Publikum wahrscheinlich

9) Zu zentralen, sich im Abstimmungsverhalten widerspiegelnden Konfliktachsen vgl.
- auf Niveau Kantone: Joye (1984), Nef (1980);
- auf Niveau Bezirke: Gilg & Frischknecht (1976), Nef & Ritschard (1978), Nef & Ritschard (1983);
- auf Niveau Gemeinden: Nef & Ritschard (1983).

nur noch schwer in einen engen Zusammenhang zum angesprochenen Ereignis zu bringen sind.

Im Falle der hier vorgelegten Arbeit verfügen wir allerdings – ein Ausnahmefall – bereits über Daten auf dem Individualniveau, mit deren Hilfe Interpretationen auf räumlicher Ebene zusätzlich validiert werden können. Es wird auf Informationen zurückgegriffen, die im Rahmen eines Repräsentativ-Surveys zum Thema 'Lebensqualität im Wandel' auf der Basis von 2200 Befragten erarbeitet worden sind (Ortega & Rosenmund, 1984) und die wir für die Zwecke der folgenden Analysen auf das kommunale Niveau aufaggregiert haben. Für das Sample der 156 im genannten Survey erfassten Gemeinden konnten somit neben sekundärstatistischen Verhaltensdaten auch Parameter der individuellen mit dem Issue 'Atomenergie' verbundenen Konnotationen in die Analyse einbezogen werden.

2.

DIE GESELLSCHAFTSPOLITISCHE BEDEUTUNG DER AUSEINANDERSETZUNG UM DIE ATOMENERGIE

2. 1. ENERGIEPOLITISCHE ABSTIMMUNGEN IM VERGLEICH

Untersucht man als erstes die Abstimmungsergebnisse der Atom- und der Energieinitiative hinsichtlich ihrer wechselseitigen Aehnlichkeit sowie im Vergleich zu den Resultaten anderer Vorlagen, die von ihrem Sachbezug her ebenfalls das Problem der Energiepolitik angesprochen haben, so lassen sich vorerst drei Sachverhalte beobachten:

- Zwischen den Ergebnissen der Abstimmung über die 84er Atominitiative einerseits, den Resultaten der 79er Atominitiative anderseits besteht im interkommunalen Vergleich eine starke Parallelität. Beide Vorlagen haben damit in etwa das gleiche Potential mobilisiert, wenn sich auch zwischen 1979 und 1984 gesamtnational die Zustimmung um knapp 4 % verringert hat. Diese Gleichsinnigkeit war nicht zum vorneherein zu erwarten: Gemäss Initiativtext und Art seiner Thematisierung im Abstimmungskampf ging es 1979 klar um zwei

Aspekte der sozialen und politischen Kontrolle – einerseits um die Wahrung regionaler Selbstbestimmung angesichts von Grossvorhaben der Energiewirtschaft, die das Gesicht einer Region nachhaltig zu verändern vermögen; anderseits um Massnahmen, eine der gesellschaftlichen und politischen Kontrolle zu entgleiten drohende Entwicklung wieder in den Griff zu bekommen. 1984 dagegen ging es stärker ums Ganze, um die Wünschbarkeit eines weiteren Ausbaus der Kernenergie in der Schweiz, um die Weiterführung des bisherigen Entwicklungsmodells überhaupt.

- Zwischen den Ergebnissen der Abstimmung über die Atom- und die Energieinitiative besteht im interkommunalen Vergleich eine sehr starke Parallelität; dies obwohl sich die beiden Vorlagen in ihrem konkreten Gehalt – Atom-Stopp im einen, konzentriertes Energiesparen im anderen Fall – von der Fragestellung her deutlich unterscheiden. Sachproblembezogen hätte durchaus manch einer der Ansicht sein können, es sei zwar konsequent und wirkungsvoll Energie zu sparen; die AKW-Option in der Elektrizitätsproduktion sei aber überhaupt nicht oder zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht aufzugeben. Dass es nur in sehr geringem Ausmass zu einem derartigen 'Splitting' gekommen ist, zeigt, dass die beiden Vorlagen, unbesehen ihrer sachlichen Differenzen, als Einheit betrachtet worden sind.

- Zwischen den Ergebnissen der Abstimmung über die Energieinitiative einerseits, den Resultaten der Abstimmung über den Energieartikel im Jahre 1983 anderseits besteht im interkommunalen Vergleich nur eine schwache Parallelität. Der Energieartikel – eine eher sanfte, kompromissentschärfte Bundesvorlage – thematisierte inhaltlich klar die Sachfrage 'Energiesparen'. Er scheiterte im Februar 1983 am nicht realisierten Ständemehr. Gemäss den Resultaten der VOX-Analyse [10] wollte eine Hälfte der Gegner in Sachen Energiepolitik auf zusätzliche staatliche Massnahmen gänzlich verzichten. Die andere Hälfte der Nein-Stimmenden hingegen refusierte die Vorlage als zu schwach und nichtssagend und plädierte für Interventionen, wie sie in der Energieinitiative vorgesehen waren. Wären die 'linken' Sachgegener des Energieartikels in ihrer grossen Mehrheit zu Befürwortern der Energieinitiative geworden, müsste im Vergleich der beiden Abstimmungen doch ein höherer Grad an Parallelität vorliegen als dies tatsächlich der Fall ist [11]. Ener-

10) vgl. VOX-Analyse Nr. 19, S. 3–17.

11) vgl. Abstimmungen über Mehrwertsteuer in den Jahren 1977 und 1979.

Tabelle 1

Korrelationen zwischen der Zustimmung zur 84er Atominitiative und der Zustimmung zu wichtigen Abstimmungen der letzten Jahre a)

% Ja Atominitiative 1984 / *% Ja wichtiger Abstimmungen der letzten Jahre*	alle *(1655)*	deutsche Schweiz *(1178)*	französische Schweiz *(365)*	italienische Schweiz *(112)*
Atominitiative 1 (1979)	.81	.82	.79	.56
Energieinitiative (1984)	.96	.96	.96	.94
Energieartikel (1983)	.19	–.16	.40	–.20
Reichtumssteuer-initiative b) (1977)	.43	.32	.47	.55
Mitbestimmungsinitiative (1976)	.43	.27	.48	.29
Gleiche Rechte für Mann und Frau (1981)	.38	.18	.55	.0
Preisüberwachungs-initiative (1982)	.45	.28	.55	.50
Zivildienstinitiative 2 (1984)	.48.	.33	.61	.15
Hochschulförderungs-gesetz b) (1978)	.22	–.02	.21	–.32
Raumplanungsgesetz b) (1976)	.14	.07	.37	–.21
Steuerinitiative (1976)	.21	.20	.38	.25

a) Die Beziehungen verändern sich nur in sehr geringem Ausmass, wenn man die Gemeinden der Region, die im weiteren Verlauf der Analyse als betroffen definiert werden, ausschliesst.

b) Diese Vorlagen sind bei einer faktoranalytischen Bearbeitung des Abstimmungsverhaltens der Gemeinden bei einer grossen Zahl von issues insofern speziell 'typisch', als dass sie mit jeweils hohen Ladungen auf jeweils getrennten Dimensionen lokalisiert sind: Die Reichtumssteuer auf der Dimension 'soziale Egalität', das Hochschulförderungsgesetz auf der Dimension 'neue Werte' und das Raumplanungsgesetz auf der Dimension 'Zentralismus / Föderalismus' (vgl. dazu weiter Nef & Ritschard 1983).

Tabelle 2

Korrelation der Zustimmung zu den Atominitiativen mit ausgewählten Bewusstseinsparametern. [a])

% Ja Atominitiative 1984 + 1979 / *% Befragter je Gemeinde*	*Total*	*deutschsprachige Gemeinden (n = 35)*		*nicht-deutschsprachige Gemeinden (n = 25)*	
	1984	*1984*	*1979*	*1984*	*1979*
Wertpriorität "Schutz der natürlichen Umwelt" [b])	.01	.27	.11	.05	–.30
Perzipierte Auswirkungen des Kernenergie-Ausbaus					
"Atomenergie ist umweltfreundlicher als andere gebräuchliche Energiearten"	–.62	–.54	–.44	–.42	–.35
"Der Schutz der Arbeitsplätze erfordert den Ausbau der Kernenergie"	–.61	–.40	–.45	–.38	–.33
"Mit dem Ausbau der Kernenergie kann sich unser Land an der Spitze des Technischen Fortschritts halten"	–.60	–.66	–.60	–.49	–.48
"Der AKW-Bau fördert die weitere Industrialisierung einer Region"	–.51	–.23	–.34	–.44	–.22
Generelle Wahrnehmung von Benefits (Additiver Index)	**–.72**	**–.57**	**–.57**	**–.59**	**–.47**

"Die Kerntechnologie führt uns einen Schritt in Richtung Polizeistaat"	.36	.20	.29	.00	.10
"Die Nukleartechnologie ist noch nicht sicher genug"	.32	.58	.64	.11	.12
"Die Risiken eines AKW lassen sich durch die Anwohner nicht kontrollieren"	.29	.17	.20	.25	.15
"Die Diskussion um den Ausbau der Kernenergie hat die Schweiz in zwei Lager gespalten"	.16	.07	–.03	.09	–.03
Generelle Wahrnehmung von Risks (Additiver Index)	**.44**	**.35**	**.37**	**.17**	**.15**

a) Basis: Survey-Gemeinden mit mindestens 10 Antwortenden unter Ausschluss von Gemeinden in betroffenen Regionen (N = 60)

b) aus einer Vorgabe von 8 items unter die 4 mit hoher Priorität klassiert

gieartikel und Energieinitiative haben somit trotz relativ ähnlichem Sachbezug stark unterschiedliche Potentiale mobilisiert.

Offensichtlich lassen sich die Entscheide zu den zitierten Vorlagen auch nicht annähernd befriedigend unter einer Modellaufnahme interpretieren, wonach sich in den Abstimmungsresultaten im Prinzip die kollektiv aggregierten Interessen hinsichtlich der explizierten Ziele und Forderungen der Vorlagen ausdrücken. Damit aber gewinnt die im vorangegangenen Abschnitt eingeführte Annahme weiter an Plausibilität: Neben der manifesten Sachthematik verweisen Abstimmungsvorlagen stets auch auf eine oder mehrere Grundsatzproblematiken. Deren Gewicht dürfte von Issue zu Issue variieren; es scheint, dass es im Fall der Atom- und Energieinitiative recht hoch zu veranschlagen ist. Es stellt sich dann die Frage, ob und in welchem Ausmass die beiden Vorlagen mit bekannten grundsätzlichen Konfliktachsen in Verbindung gebracht werden können.

2. 2. MANGELNDE ERKLÄRUNGSKRAFT TRADITIONELLER KONFLIKTFRONTEN

Vergleicht man das Abstimmungsergebnis der Gemeinden bei der Atominitiative mit den Resultaten bei früheren wichtigen Urnengängen zu nichtenergiepolitischen Fragen, so ist am ehesten noch eine Parallelität zu Vorlagen festzustellen, die die Verteilung von Gütern, Einfluss und Ansehen zum Gegenstand hatten (z. B. Reichtumssteuer, Mitbestimmung, Gleiche Rechte für Mann und Frau). Einschränkend ist aber anzumerken, dass dieser Zusammenhang in erster Linie durch die Ergebnisse aus der Romandie erzeugt wird, während in der Deutschschweiz nur sehr schwache Verknüpfungen vorliegen. Auch da, wo es um 'neue Werte' in dem Sinne geht, dass sich der Bund die Förderung neuer Anliegen wie etwa die Hochschulförderung zu eigen machen will, oder wo es um die Revision politischer Rechte wie etwa in Fragen des Zivildienstes geht, bestehen gewisse Verknüpfungen. Sie sind indessen schwächer als die oben genannten und zudem wiederum vor allem durch die Ergebnisse aus der welschen Schweiz bestimmt.

Es dürfte so ein Kennzeichen der Auseinandersetzungen um Energiepolitik, Kernenergie und Atomkraftwerke sein, dass sie sich auf den hergebrachten Achsen, entlang derer gesellschaftliche Interessengegensätze und Konflikte bisher thematisiert worden sind, nicht so recht fassen und zuordnen lassen. Speziell ist noch darauf hinzuweisen, dass zwischen der Zu-

stimmung zur 84er Atominitiative einerseits, der Zustimmung zu den wenigen Vorlagen mit einem klaren Sachbezug zur Umweltproblematik anderseits, nur schwache Verknüpfungen bestehen [12]. Dies bedeutet nicht, dass die Umweltthematik beim individuellen Entscheid über die Initiative keine Rolle gespielt hat. Es heisst lediglich, dass sich die Fronten nicht entlang der Achse 'grün – nicht-grün' gebildet haben, was sich auch anhand der aggregierten Individualdaten aus dem Sample von Survey-Gemeinden belegen lässt:

Diese zeigen zunächst eine Null-Beziehung zwischen der umweltbezogenen Wertpriorität (Anteil Befragter je Gemeinde, die bei der Auswahl von vier aus acht allgemeinen Werten den 'Schutz der natürlichen Umwelt' mitberücksichtigt haben) und der Zustimmung zur Initiative von 1984. Diese Zustimmung ist anderseits signifikant und verglichen mit 1979 verstärkt mit der Zustimmung zum Statement 'Atomenergie ist umweltfreundlicher als andere gebräuchliche Energiearten' korreliert. Daraus auf eine grundlegend 'grüne' Inzidenz der Kernenergiefrage schliessen zu wollen, wäre indessen verfehlt. Es zeigt sich vielmehr, dass perzipierte Auswirkungen des Kernenergie-Ausbaus auf verschiedenste Werte ähnlich starke Beziehungen aufweisen, weshalb in Tat und Wahrheit die Korrelation zu allgemeinen Risiko- und vor allem Nutzenperzeptionen den relevanten Sachverhalt ausdrücken. Für die Gemeinden ausserhalb des deutschen Sprachgebietes lässt sich zudem im Vergleich der 79er- und 84er-Ergebnisse eine tendenziell verstärkte Verknüpfung mit der generellen Nutzenperspektive feststellen, wobei namentlich die Wahrnehmung regionaler Entwicklungsimpulse mehr in den Vordergrund tritt.

Die verfügbaren Befunde zur Frage, auf welche Grundsatzproblematik das Plebiszit zur Atom- und zur Energieinitiative verweist, lassen sich wie folgt zusammenfassen: Erstens sind die individuellen Entscheide offenbar unter Rekurs auf generelle Einschätzungen des Zustandes resp. der Entwicklung des gesellschaftlichen Gesamtsystems getroffen werden. Zweitens scheinen eher divergierende Beurteilungen der aufgrund dieser Entwicklungen zu erwartenden Benefits als unterschiedliche Risikowahrnehmungen den Entscheid systematisch bestimmt zu haben.

12) Korrelationen auf Bezirksebene: Atominitiative 1984 (% Ja) mit
- Albatrosinitiative 1977 (Luftverschmutzung durch Motorfahrzeuge) 34
- Burgdorfer Initiative 1978 (12 autofreie Sonntage) 08

Tabelle 3

Das Abstimmungsverhalten bei den Atominitiativen

– multiple Varianzanalyse mit kategorialen Typen –
standardisierte b-Koeffizienten

	% Ja Atominitiative 1984 + 1979 / *Bestimmungsfaktoren*	I [a)] *1984*	I [a)] *1979*	II [b)] *1984*	II [b)] *1979*	III [c)] *1984*	III [c)] *1979*	IV [d)] *1984*	IV [d)] *1979*
	Betroffenheit [e)]	.56	.46	.52	.41	/	/	/	/
MAKRO	Sprachregion [f)]	.31	.45	.34	.49	.41	.54	.42	.57
MESO	Strukturregion [g)]	.23	.18	.27	.22	.30	.23	.27	.19

MIKRO	Sektorstruktur h)	.07 .04	.07 .04	.08 .05	.07 .05
	Positionsstruktur h)	.12 .12	.08 .08	.07 .08	.12 .12
	Bildungsstruktur h)	.05 .10	.03 .07	.06 .05	.06 .08
	Einkommensstruktur h)	.26 .23	.27 .24	.33 .25	.34 .26
	MR^2	.53 .51	.49 .47	.36 .43	.32 .41

a) Alle Gemeinden; Betroffenheit dreiwertig: keine, potentielle, realisierte Betroffenheit (= 1655 Gemeinden)
b) Alle Gemeinden; Betroffenheit zweiwertig: keine + realisierte, potentielle Betroffenheit (= 1655 Gemeinden)
c) Nur Gemeinden *ohne potentielle* Betroffenheit (= 1505 Gemeinden)
d) Nur Gemeinden *ohne realisierte und potentielle* Betroffenheit (= 1314 Gemeinden)
e) Zur Definition vgl. Anhang I
f) deutsch + romanisch, französisch, italienisch
g) Regionstypen Basis 184 Bezirke – vgl. Schuler / Nef (1983).
Die Berücksichtigung der Strukturtypen Basis 106 Mobilitätsregionen verändert die dargestellten Koeffizienten nur sehr geringfügig
h) Gemeindetypen; Sektor-, Positions- und Bildungsstruktur der erwerbstätigen Schweizer nach VZ 80, Einkommenstruktur gemäss Wehrsteuer 1979 / 80
(Pflichtige nach Stufen des reinen Einkommens) – vgl. Nef (1984b)

In Anbetracht dieser Indizien kann im Sinne einer *Arbeitshypothese* davon ausgegangen werden, dass die politische Stellungnahme für oder gegen den weiteren Ausbau der Kernenergie massgeblich durch die generalisierte Einschätzung ihres stabilisierenden oder disruptiven Potentials im Hinblick auf das Entwicklungsmodell der Nachkriegszeit beeinflusst worden ist. Dieses lässt sich im vorliegenden Zusammenhang allgemein charakterisieren als ein Prozess rascher Modernisierung, zunehmend unterstützt durch den Einsatz von Grosstechnologie, die absehbar eine verstärkte Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht fördert.

Unter dieser Voraussetzung wäre das Ausmass der Ablehnung der Atominitiative in einer Gemeinde als Indikator für den Grad positiver Beurteilung des bisherigen Entwicklungsmodells und für die Erwartung künftiger Benefits bei dessen ungebrochener Fortführung zu verstehen. Komplementär dazu kann das Ausmass der Zustimmung zur Initiative als Indikator für generalisierte Wachstumskritik im Sinne einer negativen Beurteilung des Modells und der bei dessen Fortschreibung zu erwartenden Konsequenzen aufgefasst werden.

3.

BESTIMMUNGSFAKTOREN DES VERHALTENS

3.1. POTENTIELLE BETROFFENHEIT ALS EIN ZENTRALER FAKTOR

Damit stellt sich nun die Frage, wo in der räumlichen und sozialen Landschaft der Schweiz das Zustimmungs- resp. Ablehnungspotential zu den Atominitiativen lokalisiert ist, welche Faktoren in welchem Ausmass das Abstimmungsverhalten beeinflussen. Die statistische Auswertung der Abstimmungsergebnisse aus allen Gemeinden mit mehr als 500 Einwohnern (= 1655 Gemeinden) zeigt zunächst (vgl. Uebersichtstabelle 3) einen dominanten Effekt des Faktors 'Betroffenheit':

In Gemeinden von Regionen, in denen der Bau eines Atomkraftwerkes geplant ist oder in denen zur Lagerung von radioaktiven Abfällen geolo-

gische Untersuchungen vorbereitet werden [13] (= potentielle Betroffenheit) liegt die Zustimmung zur 84er Atominitiative 19 % über dem Gemeindemittel. Hier, wo die Realisierung der nuklearen Option in einer Zeit zunehmender Skepsis gegenüber grosstechnologischen Unterfangen erst ansteht, artikuliert sich die Bevölkerung stark wachstumskritisch. Im Bereich der potentiellen, meist mit starker lokal-regionaler politischer Mobilisierung verknüpften Betroffenheit wendet sich das Ja zur Atominitiative nicht nur gegen ein generelles Entwicklungsmuster sondern auch gegen dessen partikulären Konsequenzen resp. absehbaren lokal-regionalen Inzidenzen. Die Gegenüberstellung der Modelle I und II zeigt, dass die statistische Erklärungskraft des Faktors 'Betroffenheit' gesamtschweizerisch weitestgehend auf diesen Typ von Betroffenheit zurückzuführen ist. Der Effekt ist zudem bei der 84er Abstimmung deutlich *grösser* als beim 79er Urnengang.

In Gemeinden von Regionen, in denen Atomkraftwerke in Betrieb stehen [14] (= realisierte Betroffenheit), liegt die Zustimmung zur 84er Atominitiative 10 % unter dem Gemeindemittel. Hier, wo die nukleare Option in einer Zeit des technologischen Optimismus *und* politisch fast unwidersprochen realisiert werden konnte, artikuliert sich die Bevölkerung also schwach wachstumkritisch. Dies lokal-regional auf die Tatsache zurückzuführen, dass hier konkret Atomkraftwerke realisiert worden sind und die Bevölkerung qua geographischer Nähe zu diesen besonders in das bisherige Entwicklungsmuster eingeschrieben ist, trifft den Kern der Sache nicht [15]. Nicht die Nähe zu spezifischen realisierten Standorten sondern wohl eher das Bestehen eines grossräumig wirkenden elektro- und maschinenindustriellen Interessenkomplexes auf der Ebene der wirtschaftlichen und politischen Eliten einerseits, die lange Geschichte einer nach Urbanitätsgesichtspunkten zwar dezentralen, hinsichtlich der Art der produzierten Güter (massgeblich Investitionsgüter) aber formationell zentralen Industrialisierung andererseits sind z. B. im Kanton Aargau für die relativ schwache Zustimmung der Bevölkerung zu den Atominitiativen verantwortlich. Dass dieses Muster zwar sicher gewisse Partikularitäten aufweist, aber nicht etwas grundsätzlich Eigenständiges, durch Betroffenheit Definierbares darstellt, zeigt die Gegenüberstellung der in Tabelle 3 präsentierten Modelle: Weder verändert bei der alle Gemeinden umfassenden Analyse die Ausblendung der realisierten Betroffenheit die statistische Erklärungskraft des Faktors 'Betroffenheit' in relevantem

13) vgl. Anhang I.

14) Kanton Aargau ohne potentiell betroffene Regionen, Region Olten-Gösgen, Region Mühleberg.

15) vgl. dazu Ortega & Rosenmund (1984) s. 94–99, sowie Nef (1981).

Ausmass (Modell I und II), noch wird das Koeffizientenmuster ausserhalb des Bereichs potentieller Betroffenheit (Modell III) durch den Ausschluss der Gemeinden in Regionen mit realisierten Kernkraftwerken (Modell IV) substantiell modifiziert.

Die weiteren Analysen, die Aufschluss über die Bedeutung der eingangs genannten *generellen* Bestimmungsfaktoren geben sollen, haben sich somit sinnvollerweise auf Modell III zu stützen: Die 150 Gemeinden in den potentiell betroffenen Regionen werden aus der Analyse ausgeschlossen, da der alles überragende Effekt der partikulären Situation die Bedeutung anderer, generellerer Gesichtspunkte ausserhalb des Bereichs der potentiellen Betroffenheit u. U. verdeckt.

3. 2. STRUKTURELLE UND POLITISCH–KULTURELLE EFFEKTE AUF DEM MAKRONIVEAU

Wichtigster Bestimmungsfaktor für die Zustimmung zur 84er Atominitiative ausserhalb des Bereichs der potentiellen Betroffenheit ist die Zugehörigkeit der Gemeinden zu den drei sprachkulturell bestimmten Grossregionen. Die Zustimmung liegt in der deutschen Schweiz 3 % unter, in der Romandie hingegen 5 % und in der italienischen Schweiz 12 % über dem Gemeindemittel. Der Effekt der sprachkulturellen Teilung ist beim 84er Urnengang deutlich schwächer als beim 79er und zudem inhaltlich nicht ganz gleich gelagert: Die 1979 vorliegende Bipolarität zwischen deutscher Schweiz einerseits, der Romandie und den italienischsprachigen Gebieten andererseits wird infolge des stark überdurchschnittlichen Zustimmungsrückgangs der Gemeinden in der welschen Schweiz 'aufgelöst'. Die Gemeinden in der französischen und in der italienischen Schweiz verzeichnen ceteris paribus 1984 zwar immer noch höhere Zustimmungsquoten als die Gemeinden in der Deutschschweiz, der Abstand hat sich aber absolut betrachtet im Vergleich zum 79er Urnengang verkleinert; in starkem Kontrast zur deutschen Schweiz steht 1984 so nur noch die italienische.

Die Tatsache, dass bei *beiden* Urnengängen die Zustimmung ceteris paribus in der französischen und italienischen Schweiz grösser ist als in der deutschen, ist in erster Linie unter Rekurs auf politisch-kulturelle Konzepte, die immer dann relevant werden, wenn Fragen der politisch-gesellschaftlichen

Tabelle 4

Das Abstimmungsverhalten bei den Atominitiativen

– multiple Varianzanalyse – kontrollierte kategoriale Effekte [a)]

	% Ja Atominitiative 1984 + 1979 / *Makro- und mesoniveauale Determinanten*	*% Ja kontrolliert*		*kontrollierte Abweichung vom Mittelwert in %*	
		1984	*1979*	*1984*	*1979*
MAKRO	*Sprachregion*				
	(1048) deutsch + romanisch	37	43	–3	–4
	(354) französisch	45	57	5	10
	(103) italienisch	52	53	12	6
	eta			.41	.54
MESO	*Strukturregion*				
	(75) tertiäre Gross-Zentren	50	56	10	9
	(176) Wohn- und Arbeitsumland der Gross-Zentren	42	49	2	2
	(150) tertiäre Mittel-Zentren	43	49	3	2
	(97) industr. Mittel-Zentren	34	43	–6	–4
	(208) industr. Klein-Zentren	38	45	–2	–2
	(241) industr. Peripherien	40	46	0	–1
	(163) tertiäre Klein-Zentren	41	48	–4	1
	(69) touristische Peripherien und Tourismus-Zentren	36	48	–4	1
	(72) agrarische Peripherien	39	45	–1	–2
	(254) agrarisch-industrielle Peripherien	39	46	–1	–1
	eta			.30	.23

a) Gemäss Tabelle 3, Modell III

Kontrolle resp. der gesellschaftlichen Umverteilung zur Diskussion stehen, zu erklären [16]. Beide Atomabstimmungen sprechen so den Kontroll- und Umverteilungsaspekt an, die 79er Abstimmung jedoch in deutlich höherem Ausmass als die 84er. Im Zusammenhang mit der letzteren sind damit offensichtlich zusätzliche, eher strukturaffine Gesichtspunkte – z. B. die nach Massgabe der Stellung im grossregionalen Zentren-/Peripherien-Gefälle variierende reale wie symbolische Bedeutung der Kernenergie – zu berücksichtigen. Je zentraler die Position in diesem grossregionalen Gefälle, desto geringer die Zustimmung. In einer eher peripheren, im Clinch zwischen den Wirtschaftszentren jenseits der Alpen resp. jenseits der Grenze stehenden Situation mit schwachen technologiedeterminierten Entwicklungsperspektiven ist die AKW-Option für die italienische Schweiz von geringerer Attraktivität als für die deutsche Schweiz, die im grossregionalen Vergleich wohl als strukturelles Zentrum zu betrachten ist [17]. Die Romandie hingegen nimmt eine Mittelstellung ein. Im Vergleich zur italienischen Schweiz ist hier einerseits – auch aus Gründen der unterschiedlichen Grösse und der variierenden strukturellen Diversität – die oekonomische Abhängigkeit von aussen (speziell von der deutschen Schweiz) geringer; andererseits ist der laufende Restrukturierungsprozess im industriellen Sektor – z. B. in der sich der Elektronik zuwendenden Uhrenindustrie – stärker technologieaffin. Wenn diese Interpretation zutrifft, ist sowohl der starke Zustimmungsrückgang in den Gemeinden der Romandie wie die im Vergleich zur 79er Abstimmung unveränderte 'Frontstellung' der Gemeinden der italienischen Schweiz erklärbar. Zudem ist dieser Sachverhalt ein klarer Hinweis darauf, dass sich die Auseinandersetzung um die Atomenergie in ihrer Bedeutung zwischen 1979 und 1984 im eingangs postulierten Sinne verändert hat [18].

16) vgl. dazu auf Bewusstseinsebene Meier-Dallach; Rosenmund & Ritschard (1980), auf Verhaltensebene (Gemeinden) Nef & Ritschard (1983).

17) Als strukturelles Zentrum mit einer intern allerdings relativ stark ausgeprägten Zentren-/Peripherien-Problematik.

18) Diese Interpretation findet zumindest eine indirekte Bestätigung in der Analyse der aggregierten Individualdaten: Es bestehen eine ganze Reihe signifikanter Beziehungen, die belegen, dass sich in der Westschweiz mit wissenschaftlich-technischen Innovationen ein beträchtliches Potential an Entwicklungs- und Modernisierungserwartungen verbindet. Der Rückgang der Zustimmung zwischen 1979 und 1984 ist daher in der Westschweiz wohl primär darauf zurückzuführen, dass 1979 die dezentrale Kontrolle, 1984 aber das wissenschaftlich-technische Potential als solches zur Diskussion stand.

Eine detaillierte Aufgliederung der sprachkulturellen Landesteile zeigt gewichtige interne Unterschiede, die auch dann bestehen bleiben, wenn die weiteren generellen Bestimmungsfaktoren statistisch kontrolliert werden [19]. In der welschen Schweiz besteht eine starke 'Polarisierung' zwischen den Gemeinden des Kantons Genf und denjenigen des Unterwallis. Auf der einen Seite also das urbane, stark auf den Dienstleistungssektor ausgerichtete Zentrum, auf der anderen Seite eine politisch extrem konservative, industriell-agararisch-touristische Landregion. Hier kumulieren an beiden Polen politisch-kulturelle *und* strukturelle Faktoren, die Wachstumskritik maximieren resp. minimieren. Diese Frontstellung ist insofern partikulär, als sich in der Romandie in der Regel bei Abstimmungen über Umverteilungsfragen, die – wie in Tabelle 1 dargestellt – vor allem in der welschen Schweiz mit der 84er Atomabstimmung in Zusammenhang zu bringen sind, die grössten Differenzen zwischen den Gemeinden des Unterwallis und denjenigen des Kantons Jura finden. Die Gemeinden des Kantons Jura aber weichen bei der Abstimmung über die 84er Atominitiative nur geringfügig vom Mittelwert aller Westschweizer Gemeinden ab – ein Sachverhalt, der die oben eingeführte Interpretation der Zustimmungsdifferenzen zwischen den Landesteilen insofern stützt, als gerade der Jura (neben dem Kanton Neuenburg) in einem industriellen Umstrukturierungsprozess begriffen ist und deshalb – einem symbolischen Technologieoptimismus folgend ? – der 84er Atominitiative in bedeutend geringerem Ausmass zustimmt als in aller Regel den 'klassischen' Umverteilungsvorlagen. In den Gemeinden der Kantone Jura und Neuenburg findet sich denn auch der im Mittel massivste Zustimmungsrückgang im Vergleich zum 79er Urnengang.

In der deutschen Schweiz ist ein Aspekt der Binnendifferenzierung besonders hervorzuheben: In den Gemeinden der Innerschweiz liegt die Zustimmung zur 84er Atominitiative ceteris paribus 3 % über dem Mittel. Gerade

19) vgl. Anhang II. Die hier verwendete Gliederung der Schweiz kombiniert makro- und mesoniveaunale Differenzierungsaspekte struktureller wie politisch-kultureller Art, deren komplexe Interaktion bis jetzt analytisch noch nicht befriedigend geklärt ist. Die sprachkulturelle Dreigliederung bleibt erhalten, wird innerhalb der deutschen und welschen Schweiz jedoch durch Faktoren der religions-kulturellen Teilung sowie der unterschiedlichen Verankerung von politisch-ideologischen Potentialen (d. h. von Parteistrukturen) erweitert. – Wird in Modell II (vgl. Tabelle 3) anstelle der bloss dreiwertigen die detailliertere makroniveaunale Gliederung verwendet, so steigt zum einen die statistisch gesamthaft reproduzierte Varianz deutlich an, zum anderen verändert sich die Erklärungskraft der übrigen Faktoren nur in geringem Ausmass. Am ehesten noch wird Erklärungskraft vom strukturellen Regionstyp abgezogen.

hier finden sich auch die weitaus massivsten Differenzen zwischen der Zustimmung zum 83er Energieartikel einerseits, zur 84er Energieinitiative andererseits – und zwar zugunsten der zuletztgenannten, politisch 'radikaleren' Vorlage. Dies ist insofern interessant, als in der welschen Schweiz sich eine in gewissem Ausmass recht ähnliche Situation (strukturell periphere Lage, politisch-kulturell hohe Dominanz der CVP), diejenige des Unterwallis, besonders tiefe Zustimmungswerte produziert, währenddem die Gemeinden des Unterwallis und der Innerschweiz bei Abstimmungen über 'klassische' Umverteilungsmassnahmen (z. B. Reichtumssteuer) in ihrer stark ablehenden politischen Option in der Regel nahe beieinander liegen. Es ist zu vermuten, dass dieser Unterschied primär auf strukturelle Faktoren zurückzuführen ist: Die Innerschweiz ist strukturell peripher, aber weniger isoliert, 'abgekoppelt' als das Unterwallis, sondern – wenn freilich auch passiv, dependent – in das vom 'goldenen Dreieck' im deutschschweizerischen Mittelland dominierte Entwicklungsmodell einbezogen: als (Verkehrs-)Korridor zum Süden mit eher schwachen autonomen industriellen wie touristischen Entwicklungsperspektiven. Ist die schon 1979 eher hohe Zustimmung der Gemeinden in der Innerschweiz allenfalls noch unter Rekurs auf die föderalistischen Konnotationen des Kontrollarguments miterklärbar [20], so bedarf derselbe Sachverhalt bei der 84er Abstimmung und der eher unterdurchschnittliche Zustimmungsrückgang zwischen 1979 und 1984 einer anderen, eher an Probleme der grossregionalen strukturellen Lage anknüpfende Deutung.

3.3. STRUKTURELLE EFFEKTE AUF DEM MESONIVEAU

Wenn wir nun den Einfluss des zweiten generellen Bestimmungsfaktors, des strukturellen Regionstyps, auf das Verhalten beim 84er Urnengang näher betrachten [21], so wird als erstes eine recht klare Teilung zwischen den Gemeinden der hochurbanen und hochtertiarisierten Grosszentren (10 % über dem Gemeindemittel) auf der einen, den Gemeinden aus allen anderen Regionstypen auf der anderen Seite sichtbar. Der hochurbane Raum ist also die 'strukturelle Avantgarde' der generalisierten Wachstumskritik. Dies, weil hier einer-

20) Womit sich implizit die Frage stellt, wieso 1979 dergleichen im Unterwallis sicher nicht zum tragen gekommen ist.

21) Der Effekt des strukturellen Regionstyps ist bei der 84er Abstimmung um einiges grösser als bei der 79er – ein weiterer Hinweis auf die eingangs postulierte Bedeutungsverlagerung der Auseinandersetzung um die Atomenergie in Richtung Wachstum.

seits die 'Zerstörung der Stadt' als Lebensraum eine spezifische Art von negativer(Wachstums-)Betroffenheit mit sich bringt und andererseits zudem gerade in diesem Raum linke und grüne politische Gruppierungen stark verankert sind. Allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die Wahlstärke derartiger Gruppierungen für das Ja zur Atominitiative nicht entscheidend ist. Der hochurbane Raum erzeugt aus sich selbst eine deutlich überdurchschnittlich wachstumskritische Haltung – dies nicht nur als Reaktion auf die (negativen) Wachstumsfolgen, sondern auch darum, weil sich die hochtertiarisierte resp. -urbane Beschäftigungsstruktur relativ stark vom klassischen – industriellen? – Entwicklungsmodell abgekoppelt hat und damit auch die klassischen Wachstumsperspektiven an Relevanz verloren haben. In die gleiche Richtung weisen die Zustimmungsquoten der Gemeinden in den von den Gross-Zentren dominierten Agglomerationen sowie in den tertiären Mittelzentren. Allerdings sind hier die (positiven) Abweichungen vom Gemeindemittelwert (2 % resp. 3 %) um einiges schwächer.

Im Gegensatz dazu liegt die Zustand zur 84er Atominitiative in den Gemeinden der industrialisierten Regionen teilweise stark unter dem Mittel. Die Zustimmung ist im Durchschnitt umso tiefer, je zentraler die Position des (industriellen) Regionstyps im interregionalen Zentren-/Peripherien-Gefälle: Industrielle Mittel-Zentren –6 % [22], industrielle Klein-Zentren –2 % [23]. Dies ist weder über die direkte oder indirekte Abhängigkeit vom AKW-Bau, also z. B. über den Anteil von Arbeitsplätzen in energienahen Branchen, noch über die Betroffenheit durch die Industrierezession zu erklären. Es ist davon auszugehen, dass eine industrielle Beschäftigungsstruktur (im regionalen Rahmen) für generalisierte Wachstumskritik insofern relativ 'resistent' ist, als dass hier auch nach der Erfahrung von teilweise massiven Beschäftigungseinbrüchen nach wie vor stark auf das Entwicklungsmodell der Nachkriegszeit gesetzt wird. Dies ist vor allem im Falle der eher strukturschwachen Industrieregionen problematisch, da deren Krise in starkem Ausmass durch die technologische Modernisierung der Industrie im letzten Jahrzehnt mitverursacht worden ist und von einer weiter fortschreitenden zentrenorientierten Entwicklung wohl kaum beschäftigungspolitische Impulse, verschwiegen denn vermehrte Autonomie zu erwarten sind.

22) Die Abweichung von – 6 % besteht auch dann, wenn man die Gemeinden der Region mit realisierter Betroffenheit (also auch den ganzen Kanton Aargau) aus der Analyse ausschliesst.

23) Die Abweichung der Gemeinden in den industriellen Peripherien beträgt – 3 %, wenn auch die Wahlstärke der Linksparteien (Nationalratswahlen 1983) im Bestimmungsmodell berücksichtigt wird. Dies weist darauf hin, dass sich – speziell in der welschen Schweiz – regionalstrukturelle Lage und politisch-ideologisches Linkspotential z. T. unterschiedlich auf die Zustimmung auswirken.

Betrachtet man die mittleren Abweichungen der Gemeinden in den (modern) tertiären und in den industriellen Regionstypen als ganzes, so sind in Termini des interregionalen Zentren-/Peripherien-Gefälle die tertiären Gross-Zentren und die industriellen Mittel-Zentren *die* (strukturellen) 'Hauptkontrahenten' in der Auseinandersetzung um die Atomenergie – beim 84er Urnengang noch ausgeprägter als es schon 1979 der Fall ist.

Auffallend ist weiter die unterdurchschnittliche Befürwortung der 84er Atominitiative in den Gemeinden der landwirtschaftlich-touristischen oder dominant auf den Tourismus ausgerichteten (Berg-) Regionen (4 % unter dem Gemeindemittel). Da diese Regionen grösstenteils in den Kantonen Graubünden und Wallis liegen, empfiehlt es sich, in diesem speziellen Fall zusätzlich auch ein Augenmerk auf die Kantonszugehörigkeit (und deren Folgen) zu legen (vgl. Anhang II). Bei der 79er Abstimmung liegt die mittlere Zustimmung der Gemeinden Graubündens über, der Gemeinden des Kantons Wallis hingegen unter dem Mittel. Der Effekt des hier betrachteten strukturellen Regionstyps auf die Zustimmung ist so – da sich stark befürwortende und stark ablehnende Konfigurationen aus Gründen der Kantonszugehörigkeit in etwa die Waage halten – praktisch gleich Null. Dass bei der 84er Abstimmung hingegen klar eine unterdurchschnittliche Zustimmung vorliegt, ist auf die im Vergleich zur 79er Abstimmung teilweise massiv tiefere Zustimmung in den Gemeinden des Kantons Graubünden zurückzuführen, für die auch partikuläre, kantonsspezifische Faktoren verantwortlich sind [24].

Jenseits derartiger spezifischer Gesichtspunkte sind u. E. die folgenden – strukturellen – Faktoren für die unterdurchschnittliche Zustimmung der Gemeinden in den auf den Tourismus ausgerichteten (Berg) Regionen verantwortlich: Die touristische Option integriert die Bergregionen in verschiedener Hinsicht stärker in die klassischen Entwicklungsvorstellungen als es nur aufgrund ihrer teilweise stark tertiarisierten Beschäftigungsstruktur erwartet werden könnte. Zum einen sind hier im Gegensatz zu den tertiären Zentren im Mittelland die 'steuerungsintensiven', modernen Teile des Tertiärsektors nur schwach vertreten [25]. Zum anderen trägt die touristische Tertia-

24) Kenner der politischen Situation im Kanton Graubünden betonen zwei Gesichtspunkte: Das Fehlen politisch mobilisierender Konflikte, wie sie 1979 bestanden (Auseinandersetzung um die Flusskraftwerke Ilanz I und II); die Betroffenheit durch das Waldsterben (Atomenergie als Möglichkeit zur Substitution der die Waldschäden mitverursachenden fossilen Energieträger).

25) Ein Sachverhalt, der sich z. B. in einem hohen Anteil von Arbeitern und Tiefqualifizierten im Dienstleistungsbereich widerspiegelt.

risierung, die in einzelnen Regionen durchaus zu einem akzeptablen Wohlstand geführt hat, Merkmale einer dependenten, abhängigen Entwicklung, die auf globale Wachstumsschwankungen resp. damit verknüpfte Realisationskrisen ziemlich sensibel reagiert. Etwas überspitzt formuliert repräsentiert der Tourismus eine Art 'tertiären Industrialismus', womit – wenn das bisherige Wachstumsmodell wie bei der 84er Abstimmung implizit politisch mit zur Debatte steht – auch eine den zentralen industriellen Regionstypen recht ähnliche Verhaltensweise resultiert [26].

3.4. STRUKTURELLE EFFEKTE AUF DEM MIKRONIVEAU

Von den vier in die Analyse einbezogenen strukturellen Gemeindecharakteristika (vgl. Tabelle 3, Modell III) ist für die Erklärung des Zustimmungsverhaltens einzig die Einkommensstruktur der Gemeinden von Bedeutung [27]. Je grösser der Anteil der Einkommensoberschicht, desto geringer die Zustimmung; das Umgekehrte gilt im Zusammenhang mit dem Anteil der Einkommensunterschicht [28]. Der Effekt der kommunalen Einkommensstruktur ist bei der 84er Abstimmung um einiges grösser als bei der 79er – ein weiterer Hinweis auf die postulierte Bedeutungsveränderung der Auseinandersetzung um die Atomenergie.

Währenddem speziell bei der 84er Abstimmung der Einfluss der Einkommensverteilung in der vorliegenden Art in etwa sogar voraussagbar gewesen wäre, ist es doch etwas überraschend, dass die drei weiteren strukturellen Gemeindemerkmale keinen systematischen Effekt auf das Verhalten der Gemeinden ausüben. Dieser in der gesamtschweizerischen Analyse vorliegende

26) Damit besteht implizit auch eine grosse Zustimmungsdistanz zu den Gemeinden in den ebenfalls stark tertiarisierten Gross-Zentren.

27) Selbst dann, wenn Sektor-, Positions- und Bildungsstruktur zu einem komplexen Indikator zusammengefasst werden, ist dessen Effekt deutlich kleiner als der Einfluss der Einkommensstruktur alleine.

28) Nicht in einem klaren Zusammenhang zum Verhalten hingegen steht der Anteil der Einkommensmittelschicht. Es ist weiter darauf hinzuweisen, dass der Effekt der Einkommens*struktur* um einiges grösser ist als der Effekt des Einkommens*niveaus* (Kopfquote).

Sachverhalt ist grösstenteils darauf zurückzuführen, dass die gleichen strukturellen Gemeindemerkmale das Verhalten bei der 84er (wie in geringerem Ausmass auch schon bei der 79er) Abstimmung in der deutschen und in der welschen Schweiz z. T. konträr beeinflussen. In der Romandie finden sich 1984 überdurchschnittliche Zustimmungsquoten in Gemeinden mit einem hohen Anteil von Tertiärbeschäftigten, von Angestellten und von Beschäftigten mit höherer Bildung; gleichzeitig wirkt sich die Einkommensstruktur tendenziell entgegengesetzt zum gesamtschweizerischen Muster auf das Verhalten aus [29]. In der deutschen Schweiz hingegen laufen die Beziehungen – speziell die Verknüpfungen mit der in einer Gemeinde vorliegenden Positions- und Bildungsdifferenzierung – in die umgekehrte Richtung; zudem wirkt sich die Einkommensstruktur noch deutlicher, als schon auf gesamtschweizerischer Ebene festgestellt, auf das Abstimmungsverhalten aus.

Verknüpft man die genannten Gemeindemerkmale, die jedes für sich *einen* Aspekt gesellschaftlicher Privilegierung darstellen, so ist in der Romandie Wachstumskritik stärker im privilegierten Zentrum verankert als in der deutschen Schweiz. Dies ist nicht nur politisch-kulturell – etwa mit dem Hinweis auf die relativ starke Verankerung gesellschaftskritischer Attitüden in der Westschweiz *auch* bei den oekonomisch Priveligierten – sondern wiederum auch unter Berücksichtigung der Stellung der beiden hier angesprochenen sprachkulturellen Landesteile in der gesamtschweizerischen Arbeitsteilung zu erklären: Die nach ihrer Position in der Beschäftigungsstruktur privilegierten Teile der Bevölkerung sind in der deutschen Schweiz stärker mit dem bisherigen Entwicklungsmodell, das dem 'goldenen Dreieck' im deutschschweizerischen Mittelland ja erst zu seiner heutigen Bedeutung verholfen hat, verwoben als die strukturell homologen Bevölkerungsteile in der Romandie.

Abstrahiert man von der makro- und mesoniveaunalen Gliederung innerhalb der beiden sprachkulturellen Landesteile und berücksichtigt man nur diejenigen Gemeinden, die hinsichtlich *aller* vier strukturellen Gemeindecharakteristika zentral oder privilegiert resp. marginal oder unterprivilegiert sind [30], so zeigt sich in der deutschen Schweiz eine deutliche Tendenz zur

29) Basis univariate Varianzanalysen.

30)

	unterprivilegiert		*privilegiert*	
Sektorstruktur	Tertiärsektor	‹ 40 %	Tertiärsektor	› 50 %
Positionsstruktur	Angestellte	‹ 40 %	Angestellte	› 50 %
Bildungsstruktur	höhere Bildung	‹ 10 %	höhere Bildung	› 20 %
Einkommensstruktur	Einkommens-oberschicht	‹ 10 %	Einkommens-oberschicht	› 20 %

Kumulativität: Im eben definierten Sinne vollständig privilegierte Gemeinden (= 126) stimmen der 84er Atominitiative im Mittel mit 34 % zu, unterprivilegierte Gemeinden (= 206) im Durchschnitt mit 40 %. Dabei erweist sich die Einkommensstruktur als das wesentlichste Differenzierungsmerkmal; wo alle anderen Gemeindemerkmale in Richtung Privilegierung kumulieren und nur die Einkommenstruktur davon abweicht, findet sich schon eine mittlere Zustimmung von 36 %. In der welschen Schweiz hingegen besteht keine derartige Tendenz zur Kumulativität. Die Zustimmungsdifferenz zwischen vollständig privilegierten und vollständig unterprivilegierten Gemeinden beträgt bloss 1 %. Jedes Privilegierungsmerkmal wirkt sich damit relativ unabhängig von anderen gegen die Zustimmung zur 84er Atominitiative aus.

4.

FOLGERUNGEN

Eine erste Folgerung bezieht sich auf die Resultate der aus aktuellem Anlass durchgeführten Abstimmungsanalyse und die daraus u. E. resultierenden politischen Konsequenzen.

Einerseits nimmt die Bedeutung des Faktors potentielle Betroffenheit zwischen dem 79er und dem 84er Urnengang zu. Die potentiell direkt betroffenen Regionen wollen mehr denn je verhindern, was überhaupt noch aufzuhalten ist. Andererseits zeigen sich ausserhalb der potentiell direkt betroffenen Region deutliche Tendenzen zur Abschwächung des 1979 unter den Leitthemen Kontrolle und Autonomie zum Ausdruck gebrachten Widerstandpotentials in Richtung auf eine grössere Bedeutung von – zustimmungsabschwächenden – wachstumsorientierten Nutzenbezügen. In diese Richtung weisen die abnehmende Erklärungskraft der sprachkulturellen Teilung, besonders der überdurchschnittliche Zustimmungsrückgang in der Westschweiz; der verstärkte Effekt der regionsstrukturellen Lage, speziell die sich vergrössernde Zustimmungsdistanz zwischen dem hochurbanen und dem modernindustrialisierten Raum; schliesslich auch die grössere Erklärungskraft der kommunalen interindividuellen Einkommensverteilung.

Nun ist bereits eine neue Volksinitiative angekündigt worden, die sich die Verhinderung des AKW Kaiseraugst zum Ziel setzt und im wesentichen die Interessen *einer* potentiell direkt betroffenen Region schützen will. Auf

dem Hintergrund der oben zusammengefassten Ergebnisse ist allerdings fraglich, ob sich die Auseinandersetzungen um die Atomenergie nochmals auch nur halbwegs erfolgreich unter den Aspekten der Kontrolle und Autonomie – die in diesem Fall ja nur *eine* Region ansprechen würden – thematisieren lassen. Die Frage der Selbstbestimmung müsste schon weit über das Problem der AKW-Standortfrage hinausreichend, unter massiver Mobilisierung von föderalistischem Potential, politisiert werden können, wenn man sich auch nur eine kleine Hoffnung auf einen in nächster Zeit wohl notwendigen Durchbruch machen will. Gesellschaftspolitisch wäre es wohl sinnvoller, primär auf eine Lösung, wie sie Nationalrat Caccia vorgeschlagen hat, hinzuarbeiten [31].

Eine zweite Folgerung bezieht sich auf den produktiven Zusammenhang zwischen der hier durchgeführten Abstimmungsanalyse auf der einen, der Soziologie auf der anderen Seite.

Dass die Auseinandersetzungen um die Atomenergie in kurzer Zeit sowohl eine relativ stabile wie eine von den dominanten Mustern relativ unabhängige Konfliktlinie hervorgebracht haben, hätte wohl kaum jemand vorauszusagen gewagt. Wie die Ueberfremdungsfrage in den frühen 70er Jahren eine neue, relativ stabile Konfliktlinie hat entstehen lassen, so ist dies seit den späten 70er Jahren offensichtlich auch im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die Atomenergie der Fall. Dies ist insofern interessant, als mit diesem Sachverhalt die Frage aufgeworfen ist, unter welchen Bedingungen auf der Erscheinungsebene relativ neuartige Sachprobleme nicht in die zumindest mittelfristig stabilen, dominanten Konfliktlinien integriert resp. politisch in deren Termini strukturiert werden. Die Frage ist gestellt; ihr wird in weiteren Arbeiten nachzugehen sein.

Konzentriert sich der eben diskutierte Gesichtspunkt auf das Neuartige im Bereich der Dimensionalität von politischen Konflikten, so sind in einem zweiten Argument auch die Rückwirkungen auf die Konzeptualisierung der raumbezogenen Gesellschaftsanalyse als solcher in Betracht zu ziehen. Raumbezogene empirische Analysen haben nicht selten die Tendenz zu einer objektivstisch-strukturalistischen Betrachtungsweise. Landesteile, Kantone, Regionen und Gemeinden, die sich als Ebenen konzentrischer Systeme auffassen lassen (vgl. z.B. Heintz 1980), sind nach einer Vielzahl von objektiven Merkmalen beschreib- resp. typisierbar. Welche Aspekte

31) Nationalrat Caccia (TI) präsidierte die parlamentarische Kommission, die bezüglich der Erteilung der Rahmenbewilligung für das AKW Kaiseraugst Antrag an die Räte zu stellen hatte. Sein Kompromissvorschlag: Verzicht auf das AKW Kaiseraugst, AKW-Bau-Moratorium – aber ohne Fixierung in der Verfassung.

über das soziologische Reissbrett hinaus jedoch im Realprozess relevant sind, bleibt vielfach in unerfreulichem Ausmass hypothetisch. Abstimmungsereignisse, die meist sowohl routinisierte wie auch spezifische neuartige Aspekte antippen, sind so nicht nur 'Testfeld' für bereits empirisch konsolidierte Konzepte, sondern zugleich Anstoss für deren Modifikation. Wir meinen, dass sich das hier gewählte Vorgehen – ereignisorientierte, raumbezogene Gesellschaftsanalyse – in bezug auf beide Aspekte als fruchtbar erweist.

ANHANG I

Betroffenheit durch die AKW-Option

Potentielle Betroffenheit *(= total 150 Gemeinden)*	
AKW Kaiseraugst.	Kantone Basel-Stadt und Basel-Land Bezirke Rheinfelden (AG), Laufen (BE), Dornach (SO) und Thierstein (SO)
AKW Graben	Bezirke Aarwangen (BE) und Wangen (BE)
AKW Rüthi	Bezirke Oberrheintal (SG) und Werdenberg (SG)
NAGRA	Bezirke Aigle (VD), Misox (GR) und Leventina, oberer Teil (TI)
Realisierte Betroffenheit *(= total 191 Gemeinden)*	
AKW Beznau, Gösgen und Leibstadt.	Kanton Aargau (ohne Bezirk Rheinfelden) Bezirk Olten (SO) und Gösgen (SO)
AKW Mühleberg	Bezirk Laupen (BE)

ANHANG II

Das Abstimmungsverhalten bei den Atominitiativen

– multiple Varianzanalyse – kontrollierte kategoriale Effekte [a)]

% Ja Atominitiative 1984 / 1979 — *detaillierte makroniveaunale Gliederung*	*% Ja kontrolliert*		*kontrollierte Abweichungen vom Mittelwert in %*	
	1984	*1979*	*1984*	*1979*
GL + SH + AR + AI + SG + TG	36	43	– 4	– 5
GR (ohne italienischsprachigen Teil)	43	55	3	8
UR + SZ + OW + NW	43	47	3	0
LU + ZG	38	43	– 2	– 4
AG	29	35	–11	–12
ZH	40	45	0	– 2
BE + SO + FR (deutschsprachiger Teil)	39	44	– 1	– 3
VS (deutschsprachiger Teil	34	37	– 6	–10
Südjura	46	53	6	6
FR (französischsprachiger Teil)	44	56	4	9
VS (französischsprachiger Teil	32	43	– 8	– 4
JU	48	64	8	17
VD	47	59	7	12
NE	47	64	7	17
GE	57	71	17	24
TI + GR (italienischsprachiger Teil)	52	53	12	6
eta			.65	.76

a) Gemäss Tabelle 3, Modell III – jedoch mit detaillierter makroniveaunaler Gliederung.

BIBLIOGRAPHIE

GILG, P. & FRISCHKNECHT F. (1976), Regionales Verhalten in eidgenössischen Volksabstimmungen, *Schweizerisches Jahrbuch für Politische Wissenschaft,* **16** (1976) 181–202.

HEINTZ, P. (1980), Eine Theorie der strukturellen Determinanten politischer Kultur, *Festschrift für Hans Winkelmann* (Niemeyer, H. (Hrsg.)) (Dunker & Humbolt, Berlin).

JOYE D. (1984), "Structure sociale et structure politiques" (Thèse, Université de Genève).

MEIER–DALLACH, H. P. & ROSENMUND, M. (1978), "Politische Kultur – eine Begriffsexplikation am Beispiel der Schweiz", *Sonderbulletin zur Jurafrage,* (Soziologisches Institut der Universität Zürich).

MEIER–DALLACH H. P. & ROSENMUND, M. (1979), "Eine soziologische Theorie zur Genese von Bewusstsein", *Bulletin Nr. 36* (Soziologisches Institut der Universität Zürich)

MEIER–DALLACH, H. P.; ROSENMUND, M. & RITSCHARD, R. (1980), "Wandel und Konstanz des Bildes Schweiz" *Bulletin Nr. 38* (Soziologisches Institut der Universität Zürich).

MEIER–DALLACH, H. P.; HOHERMUTH, S; NEF, R. & ANLIKER, R. (1982), "Zwischen Zentren und Hinterland – Probleme, Interessen und Identitäten im Querschnitt durch die Regionstypen der Schweiz" (Rüegger, Diessenhofen).

MEIER–DALLACH, H. P.; HOHERMUTH, S. & NEF, R. (1984), "Räumliche Identität und regionale Politik" (Manuskript, Soziologisches Institut der Universität Zürich).

MEIER–DALLACH, H. P. (1984), "Politische Kultur, Regionalprobleme und föderalistische Perspektiven in der Schweiz" (Manuskript, Soziologisches Institut der Universität Zürich).

MEYER, W. (1977), "Struktur und Entwicklung der Gemeinden der Schweiz zwischen 1950 und 1970", *Verkehrsstudie Schlussbericht Band 1* (Soziologisches Institut der Universität Zürich).

NEF, R. & RITSCHARD, R. (1978), "Strukturelle und kulturelle Determinanten von Abstimmungsverhalten – ein empirischer Test", *Sonderbulletin zur Jurafrage* (Soziologisches Institut der Universität Zürich).

NEF, R. (1980), Struktur, Kultur und Abstimmungsverhalten, *Schweizerische Zeitschrift für Soziologie,* **6** (1980) 155–190.

NEF, R. (1981), "Determinanten der Zustimmung zur eidgenössischen Atominitiative auf Bezirks- und Gemeindeebene" (Paper, Soziologisches Institut der Universität Zürich).

NEF, R. & RITSCHARD R. (1983), "Dimensionen und Determinanten politischer Präferenzen bei Bundesabstimmungen im interregionalen und interkommunalen Vergleich" (Manuskript, Soziologisches Institut der Universität Zürich / Bundesamt für Statistik Bern).

NEF, R. (1984a), "Grossbanken als Mäzene des Föderalismus? – Eine statistische Analyse der Volksabstimmung über die Bankeninitiative", (Pressetext, Soziologisches Institut der Universität Zürich) (23. Mai 1984).

NEF, R. (1984b), "Dimensionen räumlicher Interessendifferenzierung und politisches Verhalten" (Manuskript, Soziologisches Institut der Universität Zürich).

NEF, R. & ROSENMUND, M. (1984) "Die Atominitiative im Spannungsfeld zwischen Entwicklungserwartung und Wachstumskritik – Eine statistische Analyse der Bundesabstimmung vom 23. 9. 84 auf der Basis von 1655 Gemeinden" (Pressetext, Soziologisches Institut der Universität Zürich) (28. September 1984).

ORTEGA, R. & ROSENMUND, M. (1984), "Wahrnehmung von Atomkraftwerken – Eine empirische Studie über Einstellungen zur Kernenergie in der Schweiz", Band 1 (Soziologisches Institut der Universität Zürich / Bundesamt für Energiewirtschaft, Bern).

SCHULER, M. & NEF, R. (1983), Räumliche Typologien des Schweizerischen Zentren-Peripherien-Musters, *NFP Regionalprobleme, Arbeitsbericht Nr. 35.*

VOX, (1983), Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 27. Februar 1983, *Vox-Analyse* Nr. 19, Forschungszentrum für Schweizerische Politik Von der Universität Bern; Schweizerische Gesellschaft für praktische Sozialforschung Zürich.